

Vortrag von Dr. Hans-Georg Wieck in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 24. 06. 2008

Demokratie in Russland – Zwischenbilanz eines Transformationsprozesses

1. Die Lage

Der mit der gemeinsamen Erklärung „Charter von Paris“ der Staats- und Regierungschefs der an der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ beteiligten Länder (35 Länder) im November 1990 eingeleitete Transformationsprozess in Osteuropa ist nur teilweise erfolgreich gewesen – nämlich in den mittel- und südosteuropäischen Ländern, die auch in die EU und die NATO strebten, sowie in den baltischen Republiken, die sich schon vor dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 von Moskau lossagten und die seit 1940 bestehende Besetzung des Landes durch sowjetische Truppen beendeten.

In der Sowjetunion waren während der siebzigjährigen autoritären Herrschaft die Ansätze zu demokratischen Parteien und die bürgerlichen, also zum Teil beruflich und wirtschaftlich selbständigen Teile der Sowjetgesellschaft eliminiert und das Denken in eine ideologische Richtung gelenkt worden, die von der Herrschaft einer anonymen, aber von einer kommunistischen „Macht-Elite“ geführten und verführten Masse und einer staatskapitalistisch operierenden Herrschaftsklasse gekennzeichnet war. Eine bürgerliche gesellschaftliche selbständige Schicht, die sich der Demokratie verpflichtet fühlte und das Machtmonopol der KPdSU herausfordern konnte es allenfalls gedanklich im SAMISDAT oder unter Exilrussen geben, aber hatte wegen staatlicher Kontrolle und Unterdrückung keine Überlebenschancen in der Sowjetunion. Daher konnte nur Nationalismus und Staatsautoritäre Tendenzen in das Vakuum dringen, das die Auflösung des Monopols der kommunistischen Partei im Weg einer Verfassungsänderung in machtpolitischer Hinsicht geschaffen hatte. Nationalistische Massenbewegungen konnten reaktiviert werden, aber basisdemokratische Tendenzen konnte es allenfalls in einem jakobinischen Sinne geben – im allenfalls blutigen Kampf um die Herrschaft über die Strasse

Die Sowjetunion überlebte die Verabschiedung der Charter von Paris um nur wenig mehr als ein Jahr – genauer genommen, weniger als 9 Monaten. Nach dem Scheitern des Coup d'état der kommunistischen und militärischen Reaktion gegen den geplanten Unionsvertrag, der die Sowjetunion in eine Föderation umwandeln würde, zerbrach die Sowjetunion und in den Nachfolgerepubliken gingen nationalistische Kräfte und die bisherige Nomenklatur eine Allianz ein, die allenfalls formal demokratische Kräfte an die Macht brachten, in der Regel jedoch nationalistische Regime mit staatsautoritären Tendenzen- wie Kravtschuk in der Ukraine und Gamsachurdia in Tbilissi. In Belarus hatte Paznyak schon 1988 in Anknüpfung an die vorübergehende Unabhängigkeit von Belarus im Jahre 1918 die konservative Belarussische Nationale Front mit stark antirussischen Tendenzen gründete, aber bei der Regierungsbildung 1991 nicht zum Zuge kam, sondern der sozialdemokratisch orientierte Schuschkewitsch.

Der Geburtsfehler der demokratischen Entwicklung im postsowjetischen Raum bestand eindeutig darin, dass der Reformprozess von oben initiiert und hinsichtlich seiner demokratischen Orientierung eher als eine Reaktion auf westliche Forderungen und Wünsche darstellte, denn ein Produkt pro-demokratischer Kräfte aus der Mitte der Bevölkerung oder auch nur aus der Mitte der bislang herrschenden Gruppierungen. In der Staatsduma war es der Dissident Sacharow, der nach Gorki/Nischni Novgorod in den siebziger Jahren verbannte Atomwissenschaftler, der von Gorbatschow demokratische Freiheiten und Menschenrechte einklagte, um unter der Wirkung dieser Auseinandersetzung am nächsten Tag zu sterben. Aus den USA kehrte der große literarische „Halbgott“ Solshenyzin auf dem Wege über Wladiwostok nach Moskau zurück, um die Wiedergeburt Russlands und der Orthodoxen Kirche zu feiern.

So blieb es nicht aus, dass die Kraft der demokratischen Erneuerung und marktwirtschaftlichen Entwicklung gerade reichte, um eine demokratische Verfassung – mit Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte und einer tatsächlich föderativen, also nicht vertikalen Struktur des Staatsaufbaus durchzusetzen und in Wahlen und einem Referendum bestätigt zu erhalten, die nur bedingt frei und fair waren (1993). Scheiterte Gorbatschow an dem Verfall der sowjetischen Wirtschaft, vor allem auf dem Konsum- und dem Banken- Sektor, so scheiterte Jelzin an den Untiefen des Privatisierungsprozesses und der Finanzkrise

1998 sowie einer Außenpolitik, die Russland als einen Juniorpartner der Vereinigten Staaten erscheinen ließ. In Tschetschenien erwies sich Russland als Papiertiger.

Das Regime Putin musste die Handlungsfähigkeit des Staates nach Innen und Außen wiederherstellen – im Wege eines Bündnisses der nationalen und der autoritär geprägten Kräfte, denen mit dem globalen Wirtschaftswachstum und steigenden Öl- und Gaspreisen die finanziellen Ressourcen zuflossen, die ein industriell noch am Boden liegendes Land brauchte, um das Land wieder in den Vorwärtsgang zu bringen und unter Inkaufnahme mangelnder Rechtssicherheit und der Pressefreiheit die Zentralisierung der politischen Entscheidungsfindung und staatlichen Kontrolle des Landes durchsetzte und auf politische Distanz zur westlichen Welt – den USA und der Europäischen Union – ging. Demokratisch geprägte politische Kräften fanden keinen Zugang, zu den Massenmedien, zur Bevölkerung und ins Parlament. und zogen sich – auch angesichts des aufopferungsvollen Medienarbeit einer Politikowskaya auf die Förderung der Menschenrechte auf der lokalen und regionalen Ebene zurück. Der Leuchtturm dieser Bewegung ist die NGO MEMORIAL.

Das Resumé des Transformationsprozesses kann unter dem Gesichtspunkt der Verankerung demokratischer Werte und Grundprinzipien nicht positiv ausfallen:

Das sowjetische System hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine bürgerlich liberale demokratische Staatsverfassung und politische Kultur zerstört. In der Umbruchszeit gelang die Bildung einer formal demokratischen Staatsverfassung, aber die bestimmenden politischen Kräfte verfälschten diese formal bestehende demokratische Ordnung unter dem Banner der „souveränen Demokratie“ und auf der Grundlage der Forderung nach dem starken Staat in einen autoritär operierenden Staat, dem an der Kontrolle der Zivilgesellschaft und nicht an der Entwicklung eines freien Spiels demokratischer politischer Kräfte gelegen war und ist.

Es ist zu begrüßen, dass Putin der Versuchung widerstanden ist, sich – wie es in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion - vor allem in Zentralasien – der Fall gewesen ist für eine dritte Amtsperiode zur Verfügung zu stellen und die Verfassung entsprechend zu verändern Aber die Ersatzlösung – der Wechsel auf die Position des Ministerpräsidenten und der Vorsitz in einer Partei, der er nicht einmal angehört – tragen alle Anzeichen einer kameralistischen Staatsführung, die auf konkurrierende

politische Strömungen im Lande keine Rücksicht zu nehmen hat, sondern den Ausgleich nur innerhalb rivalisierender Kräfte der Herrschaftsklasse suchen und sicherstellen muss. Ob und gegebenenfalls wann es zu politischen Spannungen zwischen den zwei exekutiven Polen kommt, lässt sich nicht absehen, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Auch muss die Antwort auf die Frage offen bleiben, ob das autoritäre System aus Gründen der wirtschaftlichen und technologischen Erneuerung verlässliche Rechtsstrukturen schaffen kann, die für den Bürger und den ausländischen Unternehmer Rechtsicherheit schaffen. Der Fall Kholodkowski ist ein Symbol fehlender Rechtssicherheit. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, wenn es denn zu einer Begnadigung des politischen und wirtschaftlichen Herausforderers kommen wird.

Eine Potential sozialer Spannungen kann das Regime, wenn immer es für notwendig angesehen wird, mit besonderen Sozialprogramme finanziell abfedern. Schwieriger ist es mit der Beseitigung der offenkundig bestehenden infrastrukturellen Defizite - ein Phänomen, das wir aber auch in den USA beobachten.

In den Politischen Wissenschaften und Meinungsbefragungsinstituten mangelt es nicht an kritischen Untersuchungen über das System Putin und Putin-Medwedew. 50 Prozent der Befragten meinen, dass die Wahlen in Russland manipuliert werden.

In der westlichen Welt sind die Schröder'schen Stimmen, dass man es bei Putin mit einem blütenreinen Demokraten zu tun habe oder dass das Rechtsverfahren gegen Khorodkowski den Anforderungen des Rechtsstaats entspreche, verstummt – aber seine Ehrungen in Moskau nehmen kein Ende – z.B. mit der Wahl in die Hallen der Akademie der Wissenschaften. Auch verstummen die Stimmen nicht, die meinen, man dürfte den russischen Bären nicht reizen, da man ja vom russischen Öl und Gas abhängt, oder aber der russische Markt sei so wichtig für die deutsche Industrie, dass man die Diskussion über demokratische Werte gefälligst zu verdrängen habe.

Nun stehen wir am Vorabend der Verhandlungen über die Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der Europäischen Union mit der Russischen Föderation.

Als bislang unergiebig haben sich die zahlreichen Rahmenabkommen erwiesen, mit denen die Europäische Union hoffte, die Russische Föderation auf partnerschaftlicher Ebene an die europäische Entwicklung zu binden – sei es mit der Energie-Charta oder den vier „Räumen“

- gemeinsamer Wirtschaftsraum;
- Freiheit, Sicherheit, Rechtssprechung;
- gemeinsame äußere Sicherheit,
- Wissenschaft, Bildung und Kultur

oder Europäischen Instituten in Moskau. Schon beim Gipfel in Helsinki hatte sich Putin im Jahre 2006 dafür eingesetzt, das Nachfolgeabkommen zu dem aufwendigen Abkommen von 1998 auf wenige prinzipiellen Fragen zu konzentrieren, die auf der Augenhöhe geregelt werden sollten. Ohne Frage, bei dem Abkommen von 1998 hatte die Europäische Union noch die Vorstellung, lehrerhaft Russland an die Hand in die Welt zu nehmen. 1998 hatte die EU noch die Vorstellung, dass Russland zu einem Mitspieler in Europa auf der Grundlage gemeinsamer Werte werden wolle. Heute wissen wir, wie Medwedew es ja auch in Berlin gesagt hat, dass Moskau eine Schwächung von NATO und EU anstrebt und eine von der Demokratiefrage gelöste OSZE-Organisation als Sicherheits- und Zusammenarbeitsstruktur für Europa strebt – natürlich ist das ein Non-Starter, wer wird schon die Erfolgsstory Europas nach dem zweiten Weltkrieg – die EU preisgeben, die gerade lernt, Solidarität einzuüben. Wer wird angesichts des Säbelrasselns aus Moskau auf die NATO verzichten können und wollen?